

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de**PRESSEMITTEILUNG****Nr. 216/01 vom 18. Mai 2001****Dr. Trutz Graf Kerksenbrock:
Der Atomkonsens wird weiter durchlöchert!**

„Der Rücktritt der Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission (SSK), Maria Blettner, gegen die wissenschaftlich anerkannten Mitglieder der Strahlenschutzkommission wirft ein bezeichnendes Licht, dass maßgebliche Teile der Grünen –hier der Bundesumweltminister- weiterhin das Ziel verfolgen, der Kernenergie schon vor Ablauf der Atomkonsens vom vergangenen Jahr verabredeten Fristen den Garaus zu machen. Wir fordern die Landesregierung auf, zu der Besetzungspolitik der Bundesregierung bezüglich der Strahlenschutzkommission Stellung zu nehmen.“ Mit diesen Worten kritisierte der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Trutz Graf Kerksenbrock, die Berufung des Nuklearmediziners Kuni in die Strahlenschutzkommission, was den Grund für den Rücktritt der allseits anerkannten Vorsitzenden Maria Blettner nach Presseberichten ausgelöst hat.

Der Nuklearmediziner Kuni habe sich mit wissenschaftlich nicht haltbaren Aussagen über die Strahlenbelastung bei Castor-Transporten hervorgetan. Er sei eher mit politischen Aussagen aufgefallen und habe in den letzten Jahren nichts veröffentlicht, sondern wiederhole alte Thesen, die wissenschaftlich widerlegt seien. Nun sei nach Aussagen der zurückgetretenen Vorsitzenden der Strahlenrisikoausschuss der Strahlenschutzkommission ausschließlich mit Leuten besetzt, die extreme Meinungen verträten und offensichtlich das Ziel hätten, Castor-Transporte vollkommen unmöglich zu machen. Auch die Landesregierung habe in der Vergangenheit, so Kerksenbrock, vergleichbare „Experten“, wie Prof. Greiser mit Gutachten über angebliche Leukämiegefahren durch das Kernkraftwerk Krümmel für viel Geld beauftragt, wolle diese sinnlosen Ausgaben aber offenbar nicht fortsetzen. Wenn nunmehr eine derartige Politik jedenfalls auf Bundesebene durch Grünen-Politiker fortgesetzt werde, müsse befürchtet werden, daß weiterhin versucht werde, die Kernkraftwerke mit Atommüll „zu verstopfen“ um ihren weiteren Betrieb trotz des Atomkonsens schon vorher unmöglich zu machen.